

Der Antifeminismus der Rechten als digitale Gewalt des Staates in Lateinamerika

Marcela Suárez Estrada und Jazmín Duarte Sckell

1. Einleitung

Die gravierende Situation der geschlechtsspezifischen Gewalt auf globaler Ebene, die Segato (2016) als Krieg gegen Frauen bezeichnete, hat zu einer Explosion des feministischen Aktivismus geführt. Intensive Mobilisierungen aufgrund von Straflosigkeit und geschlechtsspezifischer Gewalt haben den öffentlichen Raum, einschließlich des Internets, eingenommen. Aktivist:innen nutzen Fotos, Performances und *Hashtags*, um Gerechtigkeit, ein Ende der Straflosigkeit und die Beendigung der Gewalt zu fordern. Frauen mobilisieren beispielsweise mit Plakaten, auf denen sie die Behörden zur Verantwortung ziehen. Sie nutzen Slogans, die zu *Hashtags* werden und in sozialen Netzwerken zirkulieren. Von Argentinien, mit der historischen Mobilisierung im Jahr 2015 nach dem Feminizid an der schwangeren Teenagerin Chiara Páez unter den Slogans #NiUnaMenos und „Vivas y libres nos queremos“ (Wir wollen lebendig und frei sein), bis nach Mexiko, mit Protesten für ein Leben ohne Gewalt und ein Ende der Komplizenschaft des Staates und der Straflosigkeit – Aktivist:innen besetzen öffentliche Plätze mit symbolischen Gegenständen wie Kreuzen, Rosen, grünen Tüchern oder Fotos ermordeter Frauen, um die Botschaft zu vermitteln, dass geschlechtsspezifische Gewalt ein öffentliches Problem ist (Chenou & Cepeda-Másmela, 2019; Laudano, 2019; Suárez & Mitrović, 2023). In Lateinamerika hat der Widerstand gegen Gewalt gegen Frauen zur Neuorganisation einer feministischen Bewegung geführt. Sie richtet sich gegen jede Form von Gewalt – sei es wirtschaftlicher, psychologischer, physischer oder institutioneller Art – bis hin zum Kampf für das Recht auf Abtreibung (Da Silva Ribeiro Gomes & Do Prá Alano, 2023; Ramírez Morales & Felitti, 2020). Dieser feministische Elan gegen patriarchale Gewalt, der in seiner extremsten Form in der physischen Auslöschung – dem Feminizid – zum Ausdruck kommt, motivierte auch die Neuorganisation der feministischen Streiks am 8. März als Mechanismus des sozialen Wandels (Gago, 2020).

In diesem gleichen Kontext des Fortschritts und der Wiederbelebung des Feminismus entwickelte sich parallel dazu eine reaktionäre konservative Gegenbewegung. Seit den 1990er Jahren organisierte sich der religiöse Fundamentalismus, um sich gegen die Diskurse und Fortschritte des institutionellen Feminismus zu wehren. Dieser hatte es geschafft international zu etablieren, dass die Rechte von Frauen und der LGBTI+-Gemeinschaft Menschenrechte sind und daher nicht aufgeschoben werden dürfen (Morán Faúndes, 2023). Die Gegenbewegung stellte vor allem die Forderung nach sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen sowie nach sexueller Vielfalt in Frage. Diese Infragestellung fand in den Mobilisierungen gegen die sogenannte Gender-Ideologie Ausdruck, aus denen durch die Politisierung religiöser Öffentlichkeiten moralische Panikmache entstand (Bárcenas Barajas, 2022; Serrano, 2021). Das Konzept der Gender-Ideologie wurde ursprünglich von konservativen katholischen Intellektuellen vorgeschlagen. Ziel war es, jeden Forschungs- und Anspruchsbereich, der im Zusammenhang mit dem Geschlecht steht, mit dem „Ideologischen“ in Verbindung zu bringen und damit theoretisch die „natürliche“ und biologische Realität zu verfälschen (Bárcenas Barajas, 2022; Serrano, 2021). Die Schlüsselstrategie, um die Idee der sozialen Ungleichheit als etwas für den Menschen Natürliches zu popularisieren, bestand darin, Feminismen (und damit auch sexuelle Vielfalt) diskursiv als Feindbild der Gesellschaft und der „anständigen“ Bürger:innen darzustellen. Der neue antifeministische Ausdruck als Gegenbewegung (Bonet-Martí, 2020) nahm Gestalt an und konnte sich dank der Nutzung digitaler Medien rasch ausbreiten. Der Online-Antifeminismus ging über das rein Symbolische hinaus und richtete sich direkt gegen Aktivistinnen und Vertreterinnen des Feminismus, um deren Anliegen zu destabilisieren und ihre politischen Aktivitäten zu disziplinieren. Nach öffentlichen Äußerungen erleben Frauen, die sich aktiv in der Politik engagieren (Aktivistinnen, Journalistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen und Intellektuelle), häufig Wellen digitaler Gewalt mit koordinierten Aktionen: korrigierende Drohungen, *Silenciamiento* – also das systematische Zum-Schweigen-Bringen – und Disziplinierung (Suárez & Mitrović, 2023).

Andere berichten von Übergriffen durch Schlägertrupps, die die Frauen identifiziert haben und zu deren Häusern gezogen sind, um ihr Eigentum anzugreifen (Amnesty International, 2021; Barrera & Rodríguez, 2017). Ebenso erleben Frauen, die sich nach feministischen Protesten öffentlich zu Wort melden, oft eine massive Welle des Hasses gegen sie und den Feminismus in Form von digitaler Gewalt. So ist es beispielsweise üblich,

dass Menschenrechtsverteidigerinnen, die gegen die Kriminalisierung von Abtreibungen kämpfen, Ziel koordinierter Angriffe mit derselben Vorgehensweise werden: Sie erhalten Morddrohungen oder Drohungen mit so genannten ‚korrigierenden‘ Vergewaltigungen (García-González & Guedes, 2020). Dies sind Formen digitaler Gewalt, die der Einschüchterung dienen und Angst schüren sollen, um künftige politische Aktionen für die Menschenrechte von Frauen zu verhindern. Es handelt sich jedoch nicht um isolierte Aktionen, sondern sie sind Teil einer umfassenderen rechten politischen Agenda gegen den Feminismus in der Region: den Antifeminismus.

Antifeminismus könnte als eine Bewegung definiert werden, deren Ziel die Verletzung der Menschen- und politischen Rechte von Frauen ist, die politisch aktiv sind (Bonet, 2022; Carreras, 2019). Antifeminismus äußert sich in der Regel in diskriminierenden Handlungen gegen Diversität, sei es aufgrund von Geschlecht, *race* oder Religion. Darüber hinaus ist Antifeminismus oft durch die Wahrnehmung eines Verlusts der Rechte der Männer gekennzeichnet, was dann auch Themen wie Familie, Abtreibung, die Beteiligung von Frauen am Arbeitsleben oder sogar ihre Fähigkeit, sich in der Politik zu engagieren, betrifft. Antifeministische Bewegungen leugnen selbst die Existenz des Patriarchats oder, dass die Arbeitsteilung Männer begünstige (Carreras, 2019). Auch wenn diese Aktionen nicht neu sind, heben digitale Technologien die Angriffe auf eine neue Ebene. Gruppen aus der *Manosfera*¹, Kommunikationsguerillas und sogar *Influencer* koordinieren häufig auf staatlichen Auftrag hin Verleumdungskampagnen gegen Frauen, die sich öffentlich äußern (Kinosian, 2022; Suárez et al., 2024).

Auf der Grundlage einer Analyse von Fällen aus Argentinien, Brasilien und El Salvador versuchen wir in diesem Artikel, digitale Gewalt in der Politik neu zu konzeptualisieren. Wir argumentieren, dass digitale Gewalt eine Form staatlicher Gewalt ist, um die politische Beteiligung von Frauen mit öffentlicher Stimme zu disziplinieren. Angesichts der Allianzen der Regierung mit anderen staatlichen Akteuren, wie verschiedenen Justizbehörden und sogar dem Militär, bezeichnen wir digitale Gewalt als staatliche Gewalt. Wir behaupten, dass die radikale Rechte in Lateinamerika durch technopolitische Räume ihre Allianzen festigt und ihre Strategien verstärkt. In diesem Artikel analysieren wir drei Strategien rechter Gruppen, um Frauen, die politisch aktiv sind, öffentlich zum Schweigen zu bringen und zu disziplinieren:

1 Der spanische Begriff „Manosfera“ entspricht dem englischen „manosphere“ – also dem online-Milieu von Männerrechtsaktivisten, Incels, Pick-Up-Artists usw.

- 1) die Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern,
- 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild und
- 3) die Koordinierung von Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen, die sich öffentlich äußern.

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, basiert diese Arbeit auf einem qualitativen methodischen Ansatz, der sich auf Fallstudien konzentriert. Die Kriterien für die Auswahl dieser Fälle waren: 1) die Realität feministischer Mobilisierungen; 2) die Fülle an Zeitungsartikeln und Berichten über die Fälle; und 3) das Vorliegen von Fällen, die Beweise für staatliche digitale Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen, Aktivistinnen, Journalistinnen und Intellektuelle liefern, die sich für die Verteidigung der Rechte von Frauen einsetzen. Als Quellen für die Beweisführung stützen wir uns auf Nachrichten aus überregionalen Zeitungen und Berichte von Organisationen. Zur Analyse der Quellen stützen wir uns auf die Technik der Inhaltsanalyse (Mayring, 2000). Obwohl digitale Gewalt ein weit verbreitetes Phänomen in sozialen Netzwerken ist, konzentrieren wir uns in diesem Artikel auf digitale Gewalt gegen Frauen, die in der Politik aktiv sind oder, anders gesagt, die ihre Stimme öffentlich erheben: Aktivistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen, Journalistinnen oder Intellektuelle. Um die Informationen aus den Fallstudien zusammenzustellen, beschreiben wir zunächst kurz den politischen Kontext jedes Landes und veranschaulichen dann verschiedene Arten von Gewalt sowie die unterschiedlichen Auswirkungen, die diese Strategien auf die beruflichen Karrieren von Frauen hatten.

Der Artikel ist wie folgt aufgebaut: Nach der Einleitung konzeptualisieren wir im zweiten Kapitel digitale Gewalt und verorten sie in ihrer Materialität in physischen Räumen. In diesem Kapitel stellen wir auch einen Zusammenhang zwischen digitaler Gewalt und der Rechten sowie Antifeminismus her. Im dritten Kapitel präsentieren wir die Diskussion über staatliche digitale Gewalt und die Strategien der Rechten anhand von Fallstudien aus Argentinien, Brasilien und El Salvador. Zum Abschluss schlagen wir den Begriff „staatliche digitale Gewalt“ vor und geben einige Überlegungen zu gemeinsamen Entwicklungstendenzen sowie Empfehlungen für zukünftige Forschung und Maßnahmen gegen die Verletzung der Menschenrechte bestimmter Gruppen in der Region.

2. Digitale Gewalt, Antifeminismus und die Rechte in Lateinamerika

Digitale Gewalt ist keine *andere* Art von Gewalt, sondern eine *Fortsetzung* der Gewalt, der Frauen weltweit in digitalen Räumen ausgesetzt sind. In ganz Lateinamerika tauchen zunehmend Formen der Gewalt auf, die durch digitale Technologien vermittelt und in digitalen Räumen initiiert oder fortgesetzt werden. Die *Association for Progressive Communications* versteht digitale Gewalt als „geschlechtsspezifische Gewalt, die ganz oder teilweise durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien, sozialen Netzwerken und E-Mails begangen oder verschärft wird, die psychischen und emotionalen Schaden verursacht, Vorurteile verstärkt, den Ruf schädigt, wirtschaftliche Verluste verursacht, Hindernisse für die Teilnahme am öffentlichen Leben schafft und zu Formen sexueller und anderer physischer Gewalt führen kann“ (APC, 2015). Beispiele für gewalttätige Praktiken, die durch digitale Umgebungen vermittelt werden, sind: das Aufnehmen von Fotos oder Videos ohne Zustimmung, die Verbreitung von Bildern mit sexuellem Inhalt ohne Zustimmung, das Verändern von Fotos und Videos einer Person und das Hochladen auf pornografische Seiten, das Erhalten von pornografischen Bildern oder Bildern mit sexuellem Inhalt, ohne diese angefordert zu haben, sexuelle Erpressung, Androhung von Vergewaltigung, Tod oder anderem, Überwachung, Diebstahl oder Identitätsdiebstahl, falsche Freundschaften, Beleidigungen über das Aussehen, Überwachung und Stalking, diskriminierende Äußerungen, Verleumdung, technologischer Missbrauch und sexuelle Ausbeutung, Beeinträchtigung von Ausdruckskanälen, Unterlassungen seitens Akteuren mit Regulierungsbefugnissen (Barrera & Rodríguez, 2017; EIGE, 2017). Eine weitere Form digitaler Gewalt ist *Doxing*, also das Zugreifen auf private Informationen und deren Veröffentlichung, um einer Person zu schaden.

Diese Typologie der digitalen Gewalt zeigt, dass sie nicht losgelöst von Gewalt in nicht-digitalen Räumen verstanden werden kann. Gewalttätige Praktiken sind zwischen den Räumen miteinander verflochten und erklären, warum digitale Gewalt zunimmt. Statt digitale und nicht-digitale Gewalt als getrennte Phänomene zu betrachten, braucht es Studien, die ihre Kontinuitäten aufzeigen und empirisch untersuchen, wie sie das Leben von Frauen und deren Verhältnis zu Technologien beeinflussen. Um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, müssen wir den digitalen Raum als sozialen Raum betrachten. Genau wie im öffentlichen Raum, erleben Frauen, die sich im digitalen Raum nicht frei und sicher fühlen, Versuche, sie aus dem öffentlichen Leben auszuschließen.

In Lateinamerika herrscht eine hochgradig gewalttätige Stimmung gegenüber Frauen. Allein im Jahr 2022 gab es in der Region 4050 Feminizide (CEPAL, 2024). In Ländern wie El Salvador, das von einer konstant autoritären Rechten regiert wird, ist ein Anstieg der Feminizidrate zu verzeichnen, während Brasilien, Nicaragua und Argentinien eine vergleichsweise stabile Zahl von Feminiziden aufweisen (CEPAL, 2024). Obwohl Feminizide in der Region schon lange vor dem Aufstieg der neuen Rechten ein sichtbares Phänomen waren, lässt der aktuelle Kontext der zunehmenden Verweigerung von Frauenrechten befürchten, dass diese Form direkter Gewalt in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Ein weiterer Faktor, der die geschlechtsspezifische Gewalt in der Region in den letzten Jahren verschärft hat, war die Covid-19-Pandemie. Sie hat deutlich gemacht, dass Gewalt oft nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern mit anderen Formen sozialer Ungleichheit verknüpft ist – etwa mit der Diskriminierung rassistischer Communities und sexuellen Minderheiten, wie den LGBTI+-Communitites (Ahmed et al., 2022; Da Silva Ribeiro Gomes & Do Prá Alano, 2023).

Wie Gewalt in physischen Räumen, steht auch digitale Gewalt vor großen Herausforderungen in Bezug auf geschlechtsspezifische Gerechtigkeit. Frauen, die es wagen, digitale Gewalt anzuzeigen, werden nicht nur ignoriert, sondern auch von den Justizbehörden, die sie eigentlich verteidigen sollten, kriminalisiert. Sie werden in sozialen Netzwerken von Bots angegriffen und von der Regierung und den sozialen Netzwerken selbst, die mit ihren Daten Profit machen, zensiert. Digitale Gewalt steht in direktem Zusammenhang nicht nur mit physischer Gewalt in nicht-digitalen Räumen, sondern auch mit prekären Justizsystemen, die das Opfer kriminalisieren, um keine Ermittlungen einleiten zu müssen. Zwar erleben viele Frauen digitale Gewalt, doch Frauen, die in der Politik aktiv sind, erleben sie zudem als Mittel zur politischen Disziplinierung und zum *Silenciamiento* (Suárez & Mitrović, 2023). Daher ist digitale Gewalt gegen Frauen mit öffentlicher Stimme ein politisch motivierter Akt der politischen Ausgrenzung und muss als solcher neu konzeptualisiert werden.

Die politische Landkarte Lateinamerikas ist nicht allein durch den Aufstieg rechter Kräfte geprägt, die in mehreren Ländern – etwa in Argentinien, Brasilien, Chile und El Salvador – formelle Regierungsämter der Exekutive und Parlamente kontrollieren. Sie umfasst zugleich ein breiteres politisches Projekt, das als „neokonservativer Aktivismus“ (Vaggione & Machado, 2020) bezeichnet werden kann und auf Allianzen zwischen Regierungen und nichtstaatlichen Akteuren wie Medien, religiösen Orga-

nisationen, Abtreibungsgegner:innen, *Influencern*, politischen Stiftungen sowie Plattformen mit diskursiver Reichweite beruht (Morán Faúndes, 2023; Torres Santana, 2020). Wenn wir diese Allianzen berücksichtigen, erweitert sich die politische Landkarte der Rechten. Unabhängig davon, ob die Rechte formal an der Macht ist oder nicht, gibt es jedoch in der gesamten Region Allianzen gegen den Feminismus, die digitale Gewalt als Strategie zur Ausweitung und Gewinnung eines unpolitisierten Publikums einsetzen. Dabei ist zu beachten, dass dies nicht bedeutet, dass Antifeminismus ausschließlich der Rechten vorbehalten ist. Zwar gibt es auch in der patriarchalen Linken konservative und antifeministische Äußerungen, wie beispielsweise in Nicaragua (Kampwirth, 2008), doch sind diese weder auf regionaler Ebene artikuliert noch nehmen sie eine so zentrale Rolle ein wie im Fall einer transnationalen extremen Rechten. In diesem Artikel konzentrieren wir uns auf den Antifeminismus der Rechten, um die staatliche Gewalt zu erklären.

Mit der Zentralisierung der Kategorie Geschlecht als neuem Feindbild der Medienkampagnen in der Region, bildete sich eine neoliberale-konservative oder paläoliberalen Allianz. Wie Cooper (2021) hervorhebt, lässt sich dies als Verschmelzung des Libertarismus mit dem nordamerikanischen Paläokonservatismus verstehen. Dieser versucht, die traditionelle Vorstellung von Familie mit der Unterstützung des freien Marktes zu verbinden und instrumentalisiert dabei den Feminismus, den er als Hauptbedrohung für eine idealisierte, heteronormative und patriarchale Gesellschaft darstellt. Auch wenn Antifeminismus kein neues Phänomen ist, erlaubt es die zentrale Rolle, die er im konservativen Ausdruck der extremen Rechten einnimmt, von einer neuen antifeministischen Welle zu sprechen (Bonet-Martí, 2021). Gender dient dabei als „ideologischer Klebstoff“ (Kováts et al., 2015), der es ermöglicht, das koordinierte Handeln von eigentlich unterschiedlichen Sektoren mit ähnlichen Agenden zu rechtfertigen. Der konservative Diskurs ist zudem neoliberal, da er die zentrale Bedeutung der Familie als privaten Raum nutzt, um gleichzeitig den Abbau des Staates und die Abschaffung von Rechten und des öffentlichen Raums zu rechtfertigen und einen Hyperindividualismus zu fördern (Bárcenas Barajas, 2022; Morán Faúndes, 2023; Vega Solís & Cabezas Fernández, 2022).

3. Fallstudien

Im Folgenden werden wir unser Argument zur Notwendigkeit einer Neukonzeption digitaler Gewalt als Strategie der Rechten und des Staates anhand von drei Fällen in Argentinien, Brasilien und El Salvador entwickeln. Dazu schlagen wir die folgenden drei Kategorien vor: 1) die Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern, 2) die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild, 3) die Koordinierung von Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen, die sich öffentlich äußern. Obwohl alle drei Kategorien in allen drei Fällen zum Tragen kommen, werden wir zur Vereinfachung der Argumentation jeweils nur eine Kategorie in einem Land behandeln und im Abschnitt „Diskussion“ eine allgemeine Analyse der Gemeinsamkeiten der Fälle vornehmen.

3.1 Argentinien: Die Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen, die sich öffentlich äußern

Argentinien hat die Gender-Ideologie und Abtreibungen zu zentralen Themen des antifeministischen Diskurses gemacht. Als das Land von einer der symbolträchtigsten feministischen Wellen der letzten Jahre geprägt wurde, insbesondere durch die historische Mobilisierung von #NiUnaMenos im Jahr 2015 und der grünen Welle für den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch, wurde die feministische Bewegung gleichzeitig zu einem der Hauptziele der argentinischen Ultrarechten. Dies lässt sich an der Entstehung der libertären *Manosfera* erkennen, von wo aus speziell gegen Politikerinnen, Intellektuelle und Journalistinnen gerichtete Belästigungskampagnen organisiert wurden.

Zwei emblematische Fälle sind die der progressiven Abgeordneten der Stadt Buenos Aires (2019-2023) Ofelia Fernández und der feministischen Journalistin Luciana Peker. Im ersten Fall trat Fernández 2017 als Anführerin der Studierendenbewegung in die Öffentlichkeit und wurde 2019 zur jüngsten Abgeordneten der Stadt Buenos Aires gewählt. Unter den verschiedenen Forderungen dieser Studierendenbewegung stach besonders die Forderung nach einer ganzheitlichen Sexualerziehung in den Schulen hervor.

Oberti (2024) weist darauf hin, dass die Abgeordnete Ofelia Fernández seit ihrer Kandidatur für das Amt und während ihrer gesamten Amtszeit

ständig Angriffen in sozialen Netzwerken wie Instagram, YouTube und Twitter/X ausgesetzt war. Sie wurde wegen „ihres Status als junge Frau und ihrer Vergangenheit als studentische Aktivistin“ beleidigt, verfolgt aufgrund von Geschlechterstereotypen und schikaniert aufgrund ihrer politischen Positionen und ihres Einsatzes für die Rechte der Frauen, wobei die Gewalt in Zeiten von Gesetzesvorlagen mit Bezug zum Thema Geschlecht besonders hervorstach (S. 65).

Ofelia Fernández hat offen über diese Schwierigkeiten gesprochen, mit denen sie als Person des öffentlichen Lebens konfrontiert war, die nicht nur junge Frauen einer feministischen Generation, sondern auch den Progressismus repräsentierte. Das bedeutet, dass sie sich ständig Fragen zu ihrer Eignung für das Amt stellen und sogar Drohungen gegen ihre körperliche Unversehrtheit konfrontiert sehen musste, wobei sogar Beispiele aus den Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Militärdiktatur (1976-1983) herangezogen wurden. In einem konkreten Fall wurden Drohungen in sozialen Netzwerken strafrechtlich verfolgt (DataClave, 2024). Obwohl sie derzeit kein öffentliches Amt bekleidet, bleibt sie eine sichtbare Vertreterin dieser politischen Position innerhalb des Landes.

Dies ist nicht der Fall bei Luciana Peker, die zu Beginn der aktuellen Regierung von Javier Milei Asyl in Spanien beantragen musste, nachdem sie 2023 Morddrohungen erhalten hatte. Luciana Peker ist Journalistin und eine der repräsentativsten Intellektuellen der letzten feministischen Welle in Argentinien. Mit Büchern wie „La Revolución de las Mujeres no era solo una píldora“ (2017), „Putita Golosa: por un feminismo del goce“ (2018) und „La Revolución de las Hijas“ (2019) gelangte sie zu öffentlicher Bekanntheit. Die Belästigungen gegenüber der Journalistin nahmen mit der Berichterstattung über den Fall des sexuellen Missbrauchs durch den Schauspieler Juan Darthés zu, weshalb sie seit 2019 erheblichen Online-Angriffen ausgesetzt war. Die Belästigungen steigerten sich bis hin zu Telefoterror und sogar Live-Anrufen während einer Radiosendung, zu der sie eingeladen war. Da sie keine Garantien für Schutz vor einer „organisierten Kampagne der Einschüchterung und Belästigung durch die Sicherheitskräfte der derzeitigen Regierung“ (FOPEA, n.d.) sah, beschloss sie, das Land zu verlassen. Dies geschah, weil sich herausstellte, dass die Drohungen von einer Stelle kamen, die in direkter Verbindung zur politischen und militärischen Macht stand. „Es ist kein Scherz, wenn man feststellt, dass die IP-Adresse, von der aus man angezeigt wird, aus dem Gebäude Alas de la Fuerza Aérea Argentina stammt“ (El Diario AR, 2025).

Amnesty International Argentinien wies in seinem Bericht über die ersten 100 Tage der Regierung von Javier Milei darauf hin, dass etwa 30 Journalist:innen in sozialen Netzwerken und Medien schikaniert wurden, wobei X das wichtigste Instrument der Aggression war (Amnesty International, 2024). Neben den oben beschriebenen Fällen waren mehrere andere Personen Ziel der aktuellen machistischen libertären Gewalt gegen Frauen, darunter

- die Schriftstellerin Claudia Piñero (Goñi, 2024),
- die Journalistin María O'Donnell, die von einem Beamten beleidigt und vom Präsidenten retweetet wurde, weil sie zu Recht die gewalttätige Sprache der Regierung gegenüber Zivilist:innen kritisiert hatte (La Nación, 2025),
- die feministische Journalistin Julia Mengolini, die mit *Deep Fakes* konfrontiert wurde, d. h. mit Bildern, die mit Hilfe künstlicher Intelligenz von ihr und ihrem Bruder in sexuellen Situationen erzeugt wurden (Mengolini, 2025)
- und zuletzt die Popsängerin Lali Espósito, die direkt vom Präsidenten des Landes angegriffen wurde (Castro, 2024). Sie wies darauf hin, dass die digitale Gewalt, der sie ausgesetzt war, der Höhepunkt eines Prozesses der Belästigung war, der bereits 2014 gegen sie als öffentlich agierende Feministin begann und heute den Charakter einer institutionellen Schikane annimmt, da die Trollzentren staatliche Unterstützung erhalten (Grabois, 2025).

3.2 Brasilien: Die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild

Die gleichen Belästigungsstrategien, die in Argentinien angewendet wurden, lassen sich auch in Brasilien beobachten, wo unter der Regierung von Jair Bolsonaro (2019-2022) ein Präzedenzfall für digitale Gewalt als Mittel zur Disziplinierung von Frauen mit öffentlicher Stimme geschaffen wurde. Der Antifeminismus in Brasilien gewann durch Kampagnen gegen die sogenannte „Gender-Ideologie“ und gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff vor ihrer Amtsenthebung an Stärke (Aguiar & Pereira, 2019).

In dieser reaktionären Welle ist auch die Rolle der neuen evangelikalen christlichen Rechten und des katholischen Konservatismus bei der Unterdrückung der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie der sexuellen und reproduktiven Rechte hervorzuheben (Bonet, 2022). Frauen, die sich online als

Feministinnen positionieren, wie beispielsweise die feministische Schriftstellerin Dolores Aronovich mit ihrem Blog „Escreva Lola, Escreva“, wurden regelmäßig Opfer digitaler Belästigung (Rossi, 2019). Mit dem Aufstieg der neuen Rechten nahm die Gewalt jedoch zu und zwang Vertreter:innen des Feminismus und der LGBTI+-Bewegung, das Land zu verlassen, wie im Fall von Débora Diniz, Marcia Tiburi und Jean Wyllys (Cavalcanti, 2023).²

Débora Diniz, Anthropologin und Professorin an der Universidade de Brasília, verließ Brasilien 2018, nachdem sie wegen ihrer zentralen Rolle in der Debatte über die Entkriminalisierung der Abtreibung in Brasilien Opfer einer Belästigungskampagne geworden war. Es wurden Ausschnitte aus ihrer Rede zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung gemacht und ihr Bild begann in den sozialen Netzwerken zu zirkulieren. Nach dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro weiteten sich die einschüchternden Botschaften nicht nur auf ihre Person aus, sondern es wurden auch Morddrohungen gegen Familienangehörige und die Bildungsgemeinschaft, in der sie lehrte, über soziale Netzwerke verbreitet (Rossi, 2019). Der Bundesabgeordnete Jean Wyllys traf die Entscheidung, sein Mandat im Kongress niederzulegen und das Land 2019 ebenfalls zu verlassen, da die Drohungen gegen seine Person zunahmen. Bekannt für seine Homosexualität und seine direkte Konfrontation mit Bolsonaro während der Anhörung zum Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsidentin Dilma Rousseff, wurde er durch die Veröffentlichung von Memes zum Ziel digitaler Horden (Mendonça, 2019). Er ist bereits seit seinem Eintritt 2011 in die Abgeordnetenkammer Gewalt ausgesetzt war (Lopes et al., 2025).

Die feministische Philosophin Márcia Tiburi traf ebenfalls die Entscheidung, das Land zu verlassen, da die Drohungen gegen ihre Person zunahmen. Sie wurde bereits seit der Veröffentlichung ihres Buches „Como conversar com um fascista“ (2015) und später mit der Veröffentlichung von „Feminismo em comum“ (2018) zur Zielscheibe der Kritik der extremen Rechten. Die Verwendung und Entkontextualisierung ihrer Worte für die Veröffentlichung von Memes und anderen digitalen Inhalten wurde zur gängigen Praxis (Lopes & Costa, 2021). Angesichts der zunehmenden Gewalt unter der rechtsextremen Regierung von Bolsonaro, die in ihr Haus eindrang und ihr drohte, sie bei öffentlichen Veranstaltungen zu töten (Phillips, 2019), musste sie diese Entscheidung treffen. Die Schwere, mit der

2 Mit der neuen Regierung unter Lula kehrten Márcia und Wyllys nach Brasilien zurück, während Débora Diniz weiterhin in den USA lebt.

dieses Szenario interpretiert wurde, hängt nicht nur mit der extremen symbolischen Gewalt zusammen, die Teil der Kommunikationsstrategie des Bolsonarismus war, sondern auch mit der Materialisierung dieser Gewalt in Form von Feminiziden, wie im Fall der Ermordung der Aktivistin und feministischen Politikerin Marielle Franco im Jahr 2018. Der Abgeordnete Wyllys, ein Mitstreiter derselben politischen Linie, erklärte: „Die Ermordung von Marielle war ein Wendepunkt. Von da an sah ich, dass die Menschen, die dank der Anti-PT-Stimmung in Brasilien politisch aufstiegen, zu allem fähig waren, unabhängig von allem, was sonst noch geschah“ (Lopes et al., 2025).

3.3 El Salvador: Koordinierte Kampagnen zur Diskreditierung und zum *Silenciamiento* von Frauen mit öffentlicher Stimme

In El Salvador ist Abtreibung absolut strafbar, was bedeutet, dass sie selbst in Fällen, in denen sie aus medizinischen Gründen notwendig ist, unter Strafe steht (Alcaraz, 2021). Ein symbolträgter Fall ist der von Beatriz, die an einer Krankheit litt, die eine Schwangerschaft zu einer hohen Gefahr für ihre Gesundheit machte. Im Jahr 2013 versuchte Beatriz durch eine Verfassungsbeschwerde ihr Leben zu retten, indem sie ihre Schwangerschaft abbrechen wollte, was ihr jedoch verweigert wurde. Aufgrund der Schwangerschaft verschlechterte sich Beatriz' Gesundheitszustand erheblich und sie starb vier Jahre nach der Verweigerung der Abtreibung (Alcaraz, 2021). Der Fall wurde an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeleitet. Im Jahr 2022 entschied das Gericht zugunsten von Beatriz und stellte fest, dass El Salvador das Recht auf persönliche Unversehrtheit und Privatsphäre von Beatriz verletzt und ihr Recht auf Gesundheit nicht gewährleistet habe, und forderte eine Entschädigung für ihre Familie (Lara & Ortiz, 2024). Organisationen, die sich für die Entkriminalisierung der Abtreibung einsetzen, argumentieren, dass Abtreibung ein Menschenrecht ist und verteidigt werden muss (Alcaraz, 2021). Trotz dieses Urteils hat El Salvador die Abtreibung nicht entkriminalisiert und verletzt damit weiterhin die Rechte der Frauen, indem es ihr Recht auf Gesundheit und persönliche Unversehrtheit nicht gewährleistet.

Im Gegenteil: El Salvador kriminalisiert weiterhin Frauen, die aus gesundheitlichen Gründen abgetrieben haben. Allein zwischen 1998 und 2019 wurden 181 Frauen wegen unfreiwilliger Abtreibung verurteilt (Nochebueno, 2023). Im Jahr 2022, bereits unter der Regierung von Nayib Bukele und

nach dem Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wurde eine Frau zu 30 Jahren Haft verurteilt (BBC News, 2022).

Organisationen, Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen leisten rechtliche und psychologische Unterstützung und setzen ihre Proteste auf den Straßen fort, um Abtreibung zu entkriminalisieren. Allerdings werden auch sie in den sozialen Netzwerken angegriffen und sind Opfer von Verleumdungs- und Diffamierungskampagnen, mit denen versucht wird, sie zum Schweigen zu bringen (IM Defensoras, 2022). Dies geschieht sowohl durch Behörden als auch durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Puente, 2021). Im Jahr 2022, während mehrerer Proteste gegen die Verurteilung einer weiteren Frau zu einer Gefängnisstrafe aufgrund einer Fehlgeburt, gaben Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen und Aktivist:innen eine öffentliche Erklärung ab. Darin verurteilten sie die staatlichen Akte digitaler Gewalt und forderten die Behörden auf, Verantwortung für die Verbrechen gegen Frauen mit öffentlicher Stimme zu übernehmen, wie es in den geltenden Vorschriften vorgesehen ist (IM Defensoras, 2022).

Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass Bukele nach seinem Amtsantritt im Jahr 2019 Allianzen mit radikalen rechten und ultrakonservativen Akteuren geschlossen hat, um politische Unterstützung zu gewinnen und an der Macht zu bleiben. In seiner zweiten Amtszeit als Präsident festigt Bukele diese Allianzen auf internationaler Ebene. Ein deutliches Beispiel dafür ist das Bündnis mit der US-amerikanischen Rechten, das mit Bukeles Besuch im Weißen Haus zur Zusammenarbeit beim Projekt der Abschiebung von Migrant:innen besiegelt wurde (Correal & Baskar, 2025). Dies hat Bukele Legitimation für sein hartes Vorgehen gegen die Kriminalität verschafft, obwohl seine Politik aufgrund systematischer Menschenrechtsverletzungen umstritten ist. Das gleiche gilt für Brasilien mit Bolsonaro und dem Bündnis mit konservativen religiösen Kreisen. Diese Bündnisse führen dazu, dass Verpflichtungen eingegangen werden und diese Akteure mehr Einfluss auf die politische Agenda haben. Eine Untersuchung zu diesem Thema zeigt, wie Bukele eine Maschinerie zur Manipulation von Informationen und zur Bekämpfung von Kritiker:innen durch Trolle und soziale Netzwerke aufgebaut hat, um kritische Stimmen gegen sein Regime zu unterdrücken (Kinosian, 2022).

4. Diskussion: Die Strategien des Antifeminismus der Rechten und digitale Gewalt durch den Staat

Die beschriebenen Praktiken digitaler Gewalt gegen Frauen zeigen, dass digitale Gewalt nicht nur Auswirkungen auf die Körper, sondern auch die politischen Laufbahnen der Betroffenen hat (Suárez et al., 2024). Digitale Gewalt ist heute kein organisches und isoliertes Phänomen mehr. Die Fälle aus Argentinien, Brasilien und El Salvador belegen, dass Frauen mit öffentlicher Stimme koordinierte digitale Gewalt in Form von viralen Hassreaktionen auf öffentliche Anzeigen in sozialen Netzwerken, organisierte Angriffe, Spionage durch staatliche Organisationen und Verleumdungskampagnen erfahren. Zudem kommt es zur Vertreibung und Zerstörung von Meinungsäußerungsräumen auf Websites oder in sozialen Netzwerken von Aktivist:innen, Organisationen und Medien, die sich als feministisch verstehen. Diese Form von Gewalt zielt darauf ab, sie wegen ihrer politischen Aktivitäten zum Schweigen zu bringen und einzuschüchtern. So wird digitale Gewalt als Mechanismus der politischen Disziplinierung eingesetzt (Suárez & Mitrović, 2023).

In diesem Artikel haben wir mindestens drei Strategien diskutiert. Die erste betrifft den Fall Argentiniens, wo Frauen, die sich öffentlich äußern, entmenschlicht, hypersexualisiert und objektiviert werden, um ihre politische Beteiligung zu diskreditieren. Der Fall Brasiliens belegt, dass der Feminismus als öffentliches Feindbild konstruiert wird, das von verschiedenen Gruppen und Akteuren des Staates gemeinsam bekämpft werden muss. Dies hat konkrete Folgen für das Leben von Aktivist:innen: Wer nicht ins Exil geht, bleibt im eigenen Land oft massiv bedroht und läuft Gefahr, getötet zu werden – so wie im Fall von Marielle Franco in Brasilien. In El Salvador kommt es systematisch zu Menschenrechtsverletzungen – sowohl gegenüber Frauen, die unfreiwillig abtreiben, als auch gegenüber Aktivistinnen, die sich für die Entkriminalisierung der Abtreibung einsetzen. Diese werden durch Verleumdungskampagnen und moralische Panikmache legitimiert, ähnlich wie im Fall Brasiliens (Lopes et al., 2025).

Obwohl die Fälle Besonderheiten aufweisen, lassen sich auch Zusammenhänge zwischen ihnen und den drei Strategien feststellen. Alle drei Fälle zeigen eine politische Disziplinierung von Aktivist:innen, Journalist:innen und Intellektuellen, die vor allem in sozialen Netzwerken stattfindet. Ein wichtiger Faktor dieser Disziplinierung ist die Art und Weise, wie Regierungen in Kommunikationsguerillas und Bot-Farmen investiert haben, um gegen die Agenda der Menschenrechte zu kämpfen: reproduktive

Rechte, sexuelle Vielfalt oder das Recht auf ein sicheres Leben für Frauen (Alvares, 2018; Kinosian, 2022). Die ständigen Angriffe auf ihre Fähigkeiten und ihre Körper sollen anderen Frauen eine Lektion erteilen, damit sie sich nicht politisch engagieren.

Darüber hinaus belegen alle drei Fälle eine klare antifeministische Kommunikationspolitik des Staates, die durch digitale Technologien, sowohl zur Verbreitung von Hassreden, als auch zur Überwachung der politischen Aktivitäten von Frauen verstärkt wird. In allen drei Fällen lässt sich eine systematische Verletzung der Menschenrechte von Frauen beobachten. Betroffen sind insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die freie Meinungsäußerung, die sichere Ausübung ihres Berufs – etwa im Bereich kritischer Berichterstattung und intellektueller Arbeit – sowie das Recht auf politische, öffentliche Teilhabe und auf ein Leben ohne Gewalt. Obwohl einige Autor:innen die Rolle digitaler Gewalt als Strategie der Rechten bereits hervorgehoben haben (Bonet, 2022), wurde der digitalen Gewalt als politisches und vom Staat organisiertes Phänomen bisher nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Das liegt daran, dass digitale Gewalt oft nur als Form geschlechtsspezifischer Gewalt verstanden wird – ohne Bezug zu den politischen Aktivitäten von Frauen und ohne Berücksichtigung der Rolle staatlicher Akteure. Anhand der hier diskutierten Fälle tragen wir zur Konzeptualisierung digitaler Gewalt als staatliches Phänomen bei. Zusätzlich zu den auf die Fälle angewandten Strategien haben wir aufgezeigt, wie Milei, Bolsonaro und Bukele durch die Schaffung von Trollfabriken eine Politik der Schikane gegen Aktivist:innen mobilisieren, die eindeutig die Menschen- und politischen Rechte von Frauen mit öffentlicher Stimme verletzen. Dies ermöglicht es ihnen, Allianzen mit anderen rechten Akteuren zu ihren politischen Interessen zu schmieden.

Hinzu kommt das, was als „Ehe“ zwischen den Technologie-Eliten des Silicon Valley und der amerikanischen extremen Rechten bezeichnet wurde (Klein & Taylor, 2025). Diese Allianz kommt in der Art und Weise zum Ausdruck, wie Inhalte in sozialen Netzwerken moderiert werden. Die Plattformen ignorieren die Löschung von Inhalten, die Frauen mit öffentlicher Stimme unterdrücken und eindeutig gegen die Menschenrechte verstößen (DeCook et al., 2022; Suzor et al., 2019).

5. Schlussfolgerungen

Ziel dieses Artikels war es, digitale Gewalt als staatliche Gewalt neu zu konzeptualisieren. Anhand der Fälle Argentiniens, Brasiliens und El Salvadors haben wir drei antifeministische Strategien der Rechten herausgearbeitet. Diese Strategien zielen erstens auf die Entmenschlichung und Objektivierung von Frauen mit öffentlicher Stimme, zweitens auf die Konstruktion des Feminismus als öffentliches Feindbild und drittens auf die Koordinierung von Belästigungskampagnen ab. Ziel ist es, jene Stimmen zu disziplinieren und zum Schweigen zu bringen, die für die Menschenrechte von Frauen und Diversitäten kämpfen. Dieser Artikel trägt dazu bei, das Konzept der digitalen Gewalt als politisches Phänomen zu fördern, das mit rechten Bewegungen und dem Einsatz von Technologien zur Verstärkung ihrer Agenda verbunden ist. Die drei Fälle zeigen, dass es sich um eine in der Region fest verankerte Strategie handelt, den Feminismus als gemeinsamen Feind darzustellen, den es zu bekämpfen gilt. Diese Strategie kommt nach Protesten oder öffentlichen Aktionen zur Verteidigung der Menschenrechte von Frauen zum Tragen, wie beispielsweise bei Protesten für das Recht auf Abtreibung in Argentinien und El Salvador. Eine weitere Strategie besteht in der Schaffung koordinierter Kampagnen, um Journalist:innen und Intellektuelle in sozialen Netzwerken anzugreifen. Dabei werden Entmenschlichung, Hypersexualisierung und Objektivierung von Frauen gezielt eingesetzt, um ihre politischen Aktionen zu diskreditieren. Alle drei Fälle zeigen, dass mit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke, aber auch neuer Technologien wie der künstlichen Intelligenz, die antifeministischen Bewegungen ihren Aktionsradius und ihre Kommunikationsstrategien erweitert haben. Insbesondere mit der Entwicklung von *Deep Fakes* hat der rechte Antifeminismus in der Technologie einen Weg gefunden, weiter an Boden zu gewinnen. Die drei Fälle zeigen, dass mehr Forschung zu Antifeminismus der Rechten und digitalen Technologien erforderlich ist, um das Problem der digitalen Gewalt des Staates gegen Frauen mit öffentlicher Stimme umfassender anzugehen. Ebenso sind weitere Arbeiten erforderlich, die digitale Gewalt als staatliche Gewalt mit klaren antifeministischen Strategien betrachten, d. h. als Gewalt gegen die Menschenrechte wie Abtreibung, freie Meinungsäußerung, intellektuelle Betätigung und kritischen Journalismus. Das umfasst generell die Verletzung der Rechte auf politische Teilhabe von Frauen und sexuellen Minderheiten und damit der Demokratie.

6. Literatur

- Aguiar, B. S. D., & Pereira, M. R. (2019). O antifeminismo como backlash nos discursos do governo Bolsonaro. *Agenda Política*, 7(3), 8-35.
- Ahmed, N., Marriott, A., Dabi, N., Lowthers, M., Lawson, M., & Mugehera, L. (2022). Inequality kills: The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19. Oxfam. <https://doi.org/10.21201/2022.8465>.
- Alcaraz, F. (2021). Ante la prohibición del aborto en El Salvador, ellas luchan por la libertad y la despenalización social. LatFem. <https://latfem.org/ante-la-prohibicion-del-aborto-en-el-salvador-ellas-luchan-por-la-libertad-y-la-despenalizacion-social/>.
- Alvares, C. (2018). Online staging of femininity: Disciplining through public exposure in Brazilian social media. *Feminist Media Studies*, 18(4), 657-674.
- Amnistía Internacional. (2021). México: La era de las mujeres: Estigma y violencia contra mujeres que protestan (p. 52). Amnistía Internacional.
- Amnistía Internacional. (2024). Muteadas: El impacto de la violencia digital contra las periodistas.
- APC. (2015). Technology-related violence against women. A briefing paper. Association for Progressive Communications.
- Bárcenas Barajas, K. (2022). Introducción: Coordenadas de los movimientos antígenero en América Latina. In K. Bárcenas Barajas (Ed.), *Movimientos antígenero en América Latina: Cartografías del neoconservadurismo* (Primera edición, pp. 7-46). Universidad Nacional Autónoma de México, Instituto de Investigaciones Sociales.
- Barrera, L., & Rodríguez, C. (2017). La violencia en línea contra las mujeres en México (p. 63). Luchadoras. <https://luchadoras.mx/informe-onu/>.
- BBC News. (2022). Condenan a 30 años de prisión en El Salvador a una mujer por un “aborte involuntario”. BBC News Mundo. <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-61401436>.
- Bonet, J. (2022). Antifeminismo. Una forma de violencia digital en América Latina. *Nueva Sociedad*, Noviembre-diciembre (302), 35-44.
- Bonet-Martí, J. (2020). Los antifeminismos como contramovimiento: Una revisión bibliográfica de las principales perspectivas teóricas y de los debates actuales. *Teknokultura. Revista de Cultura Digital y Movimientos Sociales*, 18(1), 61-71. <https://doi.org/10.5209/tekn.71303>.
- Bracke, S., & Paternotte, D. (2018). *Habemus género! La Iglesia Católica y la “ideología de género”*. Abia. <https://www.sxpolitics.org/spwprojects/gpal/uploads/ebook-2018-17122018.pdf>.
- Carreras, J. (2019). Neoderechas y antifeminismo. *Viento Sur*, Octubre (166), 51-69.
- Castro, M. (2024). Lali vs. Milei: Así fue la polémica en Argentina por los ataques del presidente contra la cantante. CNN. <https://cnnespanol.cnn.com/2024/02/17/lali-milei-polemica-argentina-ataques-presidente-cantante-origx>.
- Caívalcanti, C. (2023). A “narrativa do novo exílio” no Brasil de Bolsonaro memórias e táticas de uma vivência em rede. *Comunicação Midiática*, 18(2), 110-128.

- CEPAL. (2024). Violencia Feminicida en Cifras América Latina y el Caribe (No. Boletín 3).
- Chenou, J.-M., & Cepeda-Másmela, C. (2019). #NiUnaMenos: Data activism from the Global South. *Television & New Media*, 20(4), 396–411. <https://doi.org/10.1177/1527476419828995>.
- Cooper, M. (2021). The alt-right: Neoliberalism, libertarianism and the fascist temptation. *Theory, Culture & Society*, 38(6), 29–50. <https://doi.org/10.1177/0263276421999446>.
- Correal, A., & Baskar, P. (2025). How El Salvador is reaping rewards from Trump's deportation agenda. *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2025/07/10/world/americas/trump-migrants-el-salvador-bukele.html>.
- Da Silva Ribeiro Gomes, S., & Do Prá Alano, R. (2023). Feminismo contra a criminalização do aborto: El Salvador e a pandemia de covid-19. *Novos Rumos Sociológicos*, 11(19), 36–63. <https://doi.org/10.15210/norus.v11i19.25128>.
- DataClave. (2024). Confirman procesamiento a una persona que agredió por redes sociales a Ofelia Fernández. DataClave. https://www.dataclave.com.ar/poder/confirman-procesamiento-a-una-persona-que-agredio-por-redes-sociales-a-ofelia-fernandez_a66291a841fa381fd05c665df.
- DeCook, J. R., Cotter, K., Kanthawala, S., & Foyle, K. (2022). Safe from “harm”: The governance of violence by platforms. *Policy & Internet*, 14(1), 63–78. <https://doi.org/10.1002/POI3.290>.
- EIGE. (2017). Cyber violence against women and girls (p. 11). European Institute for Gender Equality. <https://eige.europa.eu/publications/cyber-violence-against-women-and-girls>.
- El Diario AR. (2025). La periodista Luciana Peker denunció que se fue del país porque recibió amenazas vinculadas al poder político y militar. eldiarioAR.com. https://www.eldiarioar.com/politica/periodista-luciana-peker-denuncio-pais-recibio-amenazas-vinculadas-politico-militar_1_12215792.html.
- FOPEA. (n.d.). Periodistas Amenazadas: Luciana Pecker, solicitante de asilo. <https://periodistasamenazadas.fopea.org/testimonio/16/>.
- Gago, V. (2020). La potencia feminista: O el deseo de cambiarlo todo. Tinta Limón ediciones.
- García-González, L., & Guedes, B. (2020). Memes de Internet y violencia de género a partir de la protesta feminista #UnVioladorEnTuCamino. *Revista Virtualis* 11(21), 109–136.
- Goñi, U. (2024). ‘All feminists are under attack’: Ultra-right threat in Milei’s Argentina forces writer into exile. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/global-development/2024/jan/08/feminists-under-attack-ultra-right-threat-milei-argentina-writer-exile-luciana-pecker>.
- Grabois, J. (Director). (2025). Inteligencia artificial y violencia estatal [Video recording]. <https://www.youtube.com/watch?v=JD2s10uSSA4>.
- IM Defensoras. (2022). [PRONUNCIAMIENTO] En El Salvador, la violencia digital es violencia de Estado. IM-Defensoras. <https://im-defensoras.org/2022/10/pronunciamiento-en-el-salvador-la-violencia-digital-es-violencia-de-estado/>.

- Kampwirth, K. (2008). Abortion, antifeminism, and the return of Daniel Ortega: In Nicaragua, leftist politics? *Latin American Perspectives*, 35(6), 122–136.
- Kinosian, S. (2022). Trolls, propaganda and fear stoke Bukele's media machine in El Salvador [Reuters]. Disinformation Machine. <https://www.reuters.com/investigates/special-report/el-salvador-politics-media/>.
- Klein, N., & Taylor, A. (2025). The rise of end times fascism. <https://naomiklein.org/the-rise-of-end-times-fascism/>.
- Kováts, E., Poim, M., & Pető, A. (2015). Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far-right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Foundation for European Progressive Studies.
- La Nación. (2025). Milei compartió un tuit de su funcionario Santiago Oría con varios insultos a la periodista María O'Donnell tras una editorial crítica. La Nación. <https://www.lanacion.com.ar/politica/santiago-oria-descalifico-a-maria-odonnell-por-una-editorial-critica-de-milei-y-la-periodista-salio-nid30062025/>.
- Lara, L., & Ortiz, A. (2024). Beatriz vs El Salvador: La Corte IDH falló por primera vez en un caso sobre aborto. El Espectador. <https://www.elespectador.com/genero-y-diversidad/beatriz-vs-el-salvador-la-corte-idh-fallo-por-primera-vez-en-un-caso-sobre-aborto/>.
- Laudano, C. N. (2019). Ni una menos en Argentina: Activismo digital y estrategias feministas contra la violencia hacia las mujeres. In G. Nathansohn & F. Rovetto (Eds.), *Internet e feminismos: Olhares sobre violências sexistas desde a América Latina* (pp. 149–173). EDUFBA.
- Lopes, F. T., & Costa, A. D. S. M. D. (2021). Political exile in the post-2019 Brazilian context: History of exile and work-existence/resistance of a Brazilian intellectual. *Cadernos EBAPE.BR*, 19(2), 307–324. <https://doi.org/10.1590/1679-395120200038>.
- Lopes, F. T., Schneider Marques, T. C., & Dalmaso-Junqueira, B. (2025). O conservadorismo no Brasil pós-2016 e o exílio enquanto um mecanismo de exclusão política-moral: Reflexões a partir da história de vida de Jean Wyllys. *Civitas: revista de Ciências Sociais*, 25(1), e45939. <https://doi.org/10.15448/1984-7289.2025.1.45939>.
- Mahtani, N. (2024). Condena internacional a El Salvador por negar el aborto a una mujer. El País América. <https://elpais.com/america/2024-12-20/la-corte-idh-determina-que-el-salvador-cometio-violencia-obstetrica-contra-una-mujer-a-la-que-le-negaron-el-aborto.html>.
- Mayring, P. (2000). Qualitative Content Analysis. *Forum: Qualitative Social Research*, 1(2), 1–10.
- Mendonça, H. (2019). Ameaças de morte levam Jean Wyllys a desistir de mandato para deixar o Brasil. El País Brasil. https://brasil.elpais.com/brasil/2019/01/24/politica/1548364530_154799.html.
- Mengolini, J. (2025). Un objetivo simple y brutal. *Revista Anfibio*. <https://www.revistaanfibio.com/julia-mengolini-un-objetivo-simple-y-brutal/>.
- Morán Faúndes, J. M. (2023). ¿De qué hablan cuando hablan de “ideología de género”? La construcción del enemigo total. *Astrolabio*, 30, 177–203. <https://doi.org/10.55441/1668.7515.n30.32465>.

- Nochebuena, M. (2023). El Salvador ha criminalizado a 181 mujeres que tuvieron abortos; siete aún enfrentan procesos penales. Animal Politico. <https://animalpolitico.com/internacional/salvador-criminalizado-mujeres-abortos-procesos-penales>.
- Oberti, A. (2024). Violencia de género en el ámbito de la política en Argentina. Discursos y prácticas antifeministas. *Revista Trilhas da História*, 13(27), Article 27. <https://doi.org/10.55028/th.v13i27.21326>.
- Phillips, D. (2019). New generation of political exiles leave Bolsonaro's Brazil "to stay alive". *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/world/2019/jul/11/brazil-political-exiles-bolsonaro>.
- Puente, L. (2021). OUDH presenta informe sobre vulneraciones a defensores de derechos humanos en El Salvador. *Noticias de El Salvador - elsalvador.com*. <https://historico.elsalvador.com/historico/858535/oudh-abuso-de-poder-vulneraciones-defensores-derechos-humanos-el-salvador.html>.
- Ramírez Morales, M. D. R., & Felitti, K. (2020). Pañuelos verdes por el aborto legal: Historia, significados y circulaciones en Argentina y México. *Encartes*, 3(5), 111–145. <https://doi.org/10.29340/en.v3n5.132>.
- Rossi, M. (2019). Debora Diniz: "Não sou desterrada. Não sou refugiada. Qual é a minha condição?" *El País Brasil*. https://brasil.elpais.com/brasil/2019/02/22/politica/1550871025_250666.html.
- Segato, R. (2016). La guerra contra las mujeres. *Traficantes de Sueños*.
- Serrano, F. (2021). Políticas antigénero en América Latina: Resúmenes de los estudios de caso nacionales. *Observatorio de Sexualidad y Política (SPW)*. <https://sxpoltics.org/GPAL/uploads/E-book-Resumos-ES-08092021.pdf>.
- Suárez, M., & Mitrović, M. (2023). Digital violence as affective disciplining after feminist protests. The case of #NotLikeThatLadies! In J.-P. Voß, N. Rigamonti, M. Suárez, & J. Watson (Eds.), *Sensing Collectives. Aesthetic and Political Practices Intertwined* (pp. 255–276). transcript.
- Suárez, M., Zentgraft, L., & Juárez, Y. (2024). The vicious spiral of violence and resistance: Backlash and hate speech against feminism in Brazil and Mexico. In *Violencias y Desigualdades de Género en América Latina*. CLACSO.
- Suzor, N., Dragiewicz, M., Harris, B., Gillett, R., Burgess, J., & Van Geelen, T. (2019). Human Rights by Design: The Responsibilities of Social Media Platforms to Address Gender-Based Violence Online. *Policy & Internet*, 11(1), 84–103.
- Torres Santana, A. (Ed.). (2020). Derechos en riesgo en América Latina: 11 estudios sobre grupos neoconservadores (Primera edición). Oficina Región Andina, Fundación Rosa Luxemburg ; Ediciones Desde Abajo.
- Vaggione, J. M., & Machado, M. D. D. C. (2020). Religious patterns of neoconservatism in Latin America. *Politics & Gender*, 16(1), E2. <https://doi.org/10.1017/S1743923X2000082>.
- Vega Solís, C., & Cabezas Fernández, M. (Eds.). (2022). *La reacción patriarcal: Neoliberalismo autoritario, politización religiosa y nuevas derechas*. Bellaterra Edicions.